EUROPA 17.03.2017 | Ulrich Storck

Von allen guten Geistern verlassen

48 Prozent der Briten wollten den Brexit nicht und werden jetzt von keiner relevanten Partei mehr vertreten.

Mehrheitlich hat sich die britische Bevölkerung im vergangenen Juni für das Verlassen der EU ausgesprochen – der Austritt scheint bis heute die zwangsläufige Konsequenz dieses Referendums zu sein. Doch welche Mehrheit hat tatsächlich für den Brexit gestimmt? Bei den 52 Prozent für den Austritt waren es – die Wahlbeteiligung eingerechnet – gerade einmal ein Drittel der Wahlberechtigten, also 17,5 Millionen Stimmen. 16 Millionen oder 48 Prozent stimmten für den Verbleib. Allein diese knappen Zahlen illustrieren, wie sehr das Land hinsichtlich seiner eigenen Zukunft entzweit ist.

Das Referendum hat bereits bestehende Spaltungstendenzen in der britischen Gesellschaft zutage gebracht: in Gewinner und Verlierer der ungebremsten Globalisierung und des wirtschaftlichen Strukturwandels, in kosmopolitisch denkende und lebende Eliten in den Städten und wirtschaftlich wie sozial Abgehängte in den deindustrialisierten Zonen des Landes. Auch wenn Premierministerin Theresa May in ihrer Antrittsrede im Januar versprach, diese Risse in der Gesellschaft kitten zu wollen, ist bisher nichts geschehen. Die Gruppen, die vor acht Monaten für oder gegen die EU stimmten, stehen sich immer noch fast schon feindlich gegenüber. Die Demagogen des Brexits und ihre Sprachrohre in der Boulevardpresse schüren das Misstrauen angesichts eines möglichen Verrats ihres Votums. Der knappen Hälfte der Bevölkerung, die ihre Zukunft als EU-Mitglied sieht, fehlt seitdem die politische Vertretung. Einzig die Schotten sind in ihrer Mehrheit von der europafreundlichen SNP vertreten. In England bekennen sich indes nur die Liberaldemokraten und die Grünen vorbehaltlos zur EU, und diese verfügen gemeinsam lediglich über zehn Parlamentssitze. Unter der jetzigen Tory-Führung ist natürlich nicht daran zu denken, dass gerade die Partei, die Referendum und Austritt zu verantworten hat, nun auch die 40 Prozent ihrer eigenen Wählerinnen und Wähler, die für Verbleib stimmten, öffentlich vertritt.

Umso erstaunter

Gefragt wäre daher Labour als wichtigste Oppositionspartei mit europafreundlicher

beobachtet man, dass Labour seit Herbst schleichend immer härtere Positionen bezieht und Theresa May in ihrem Zusteuern auf einen harten Brexit Beistand leistet.

Tradition. Zwei Drittel der Labour-Wähler haben für den Verbleib gestimmt, nahezu alle Abgeordneten der Labour-Fraktion sind EU-freundlich. Der letzte Parteitagsbeschluss zum Brexit besagt, die Option auf Verbleib in der EU – selbst auf ein zweites Referendum – offen zu halten, falls die Verhandlungsergebnisse zum Austritt unzureichend ausfallen. Und Labour versprach stets, die Interessen der Arbeitnehmer zu schützen, was sich übersetzt in das Einstehen für einen wirtschaftsverträglichen „Soft-Brexit". Umso erstaunter beobachtet man, dass die Partei seit Herbst schleichend immer härtere Positionen bezieht, Theresa May in ihrem Zusteuern auf einen harten Brexit Beistand leistet und sich inzwischen von Vorstellungen leiten lässt, die denen der EU-kritischen und rechtspopulistischen UK Independence Party (UKIP) immer ähnlicher werden. Stand Parteichef Jeremy Corbyn einst für freien Personenverkehr und Migration ein und Schatten-Brexit-Minister Keir Starmer für das Primat des Verbleibs im Binnenmarkt, stimmen sie inzwischen beide in die Anti-Migranten-Rhetorik der Brexit-Hardliner ein. Das Argument des ehemaligen UKIP-Vorsitzenden Nigel Farage, die EU stehe für unkontrollierbare Masseneinwanderung, wird von der Labour-Führung nicht mehr angefochten.

Corbyn verpflichtete seine Parlamentarier mit striktestem Fraktionszwang dazu, das Brexit-Gesetz ohne Zusatzbedingungen durchzuwinken.

In den vergangenen Wochen debattierten beide Kammern des Parlaments die „Brexit Bill" – in Ausübung des vor Gericht erfochtenen Rechts des Parlaments, das offizielle Austrittsgesuch der Regierung zu mandatieren. Keine Seite stellte das Gesuch nach Artikel 50 selbst infrage, es ging nunmehr um Bedingungen, an die es rechtlich geknüpft werden könnte: größtmögliche Nähe zum Binnenmarkt zu erhalten, eine parlamentarische Abstimmung über die Ergebnisse der Verhandlungen, das Bleiberecht für EU-Bürger in Großbritannien. Viele dieser Nachbesserungsforderungen wurden von Labour-Abgeordneten eingebracht.

> Trotzdem verpflichtete Corbyn seine Parlamentarier mit striktestem Fraktionszwang dazu, das Gesetz letztlich ohne Zusatzbedingungen durchzuwinken. Abtrünnige wurden gemaßregelt, wichtige Funktionsträger traten zurück. Dass trotzdem über ein Fünftel der Labour MPs gegen das Gesetz stimmte und sich damit gegen ihren Parteichef stellte, offenbart, wie zerrissen die Partei und wie umstritten ihr Vorsitzender ist.

Auch im Oberhaus verfehlte Labour die Verteidigung der europäischen Sache, der proklamierte Sieg über die Regierung May entspricht kaum den Fakten: Angewiesen durch ihren Parteichef stimmten die Labour Peers gegen ein „amendment“ für den Verbleib im Binnenmarkt – und damit in der Wahrnehmung vieler gegen ihre bisherigen fundamentalen Werte. Bei den anderen beiden „amendments“– zum Bleiberecht der EU-Bürger und zum abschließendenVetorecht des Parlaments – waren die Labour-Stimmen stets in der Unterzahl.

Zur Rechtfertigung ihres Wandels von einer Europa-Partei zum harten Brexit-Verfechter weist Labour intern auf drei Konstellationen hin:

- In der öffentlichen Meinung steht Labour derzeit denkbar schlecht da. In Umfragen liegt die Partei 17 Prozentpunkte hinter den Tories; bei vorgezogenen Wahlen würde Labour eine krachende Niederlage erleiden. Niemand weiß, für was Labour derzeit steht, selbst in ihren Kernkompetenzen Gesundheitsversorgung und soziale Gerechtigkeit traut man derzeit eher den Tories. Die europafeindliche Presse treibt die Politik zum Thema Brexit vor sich her. Bei einem offenen Einstehen für Europa fürchtet die Partei, noch weiter abzustürzen. Hinter vorgehaltener Hand versichern Labour-Abgeordnete, man würde auf den richtigen Zeitpunkt warten, um sich dann wieder für Europa einzusetzen, gegebenenfalls sogar für ein zweites Referendum. Doch ist ein solch günstiger Moment derzeit abzusehen? Es steht doch zu erwarten, dass sich die Stimmung mit Beginn der Verhandlungen – die für die Briten ein schmerzliches Erwachen bedeuten dürften – noch weiter erhitzt.
- Obwohl Labour-Wähler überwiegend für den Verbleib stimmten, überwog doch in zwei Drittel der Labour-Wahlkreise das Brexit-Votum. Viele pro-europäische Mandatsträger vertreten jetzt europafeindliche Wahlkreise. Für diese stellt sich künftig die fundamentale Frage ihres <link videos artikel wir-wollen-einen-guten-deal-fuer-die-100-prozent-1851>Mandatsverständnisses:

Sollten sie die Meinung der Mehrheit ihres Wahlkreises vertreten, oder sollten sie vielmehr ihrem Gewissen verpflichtet sein und im nationalen Interesse handeln – wohlwissend, dass die Bevölkerung durch Lügen in der Referendumskampagne bewusst in die Irre geführt wurde. Sollte ein pro-europäischer Abgeordneter für Brexit stimmen, nur weil dies die Meinung seines Wahlkreises ist? Oder bei seiner Überzeugung bleiben und versuchen, auf die Stimmung in seinem Wahlkreis Einfluss zu nehmen – damit aber möglicherweise seine baldige Abwahl riskieren? Folge dieses Dilemmas ist eine Änderung der Tonlage auch überzeugter EU-Anhänger. Zunehmend hört man auch von Labour-Abgeordneten, man müsse die Ängste der Bevölkerung vor Einwanderung ernst nehmen und als Konsequenz die EU-Immigration eindämmen.

- Labour befürchtet, in den traditionellen Arbeitermilieus Nord- und Mittelenglands – deren Protest sich in ihrer mehrheitlichen „Leave"-Wahl Luft machte – massiv Stimmen an UKIP zu verlieren. In einer kürzlich erfolgten Nachwahl zeigte sich diese Sorge jedoch als unbegründet: Obwohl Labour – wie derzeit überall außer in London – Stimmen verlor, konnte der Sitz doch gehalten werden. UKIP – selbst in internen Zwists verfangen und durch Mays Hardliner-Regierung ihres Kernanliegens beraubt – wird derzeit nicht als attraktive Alternative wahrgenommen.

Labour wäre gut beraten, Abwanderungen von „Remain"-Wählern zu den LibDems mehr zu fürchten als von „Leave"-Wählern zu UKIP.

Da die 16 Millionen „Remain"-Wählerinnen und -Wähler bei Labour keine beherzte Vertretung erwarten können, steht zu erwarten, dass sich viele zur einzig verbleibenden Pro-EU-Partei schlagen: den Liberaldemokraten. Labour wäre gut beraten, Abwanderungen von „Remain"-Wählern zu den LibDems mehr zu fürchten als von „Leave"-Wählern zu UKIP. Daher wäre es auch rein taktisch vernünftig, sich wieder europafreundlicher aufzustellen. Ob das geschehen wird mit einem Vorsitzenden, der selbst nie ein Freund der EU war, der nie entschlossen dem Brexit entgegentrat und dem man gar unterstellt, er selbst hätte für den Austritt gestimmt, ist allemal fraglich.

Nachdem das politische Repräsentationssystem für knapp die Hälfte der Wahlberechtigten derzeit versagt, sind die „Remain"-Anhänger dazu übergegangen, überall im Land Bürgerinitiativen zu gründen. Über 40 Aktionsgruppen formieren sich inzwischen zum größten landesweiten Verbund, der durch regelmäßige Demonstrationen, Informationsstände

und vor allem in den sozialen Medien dafür wirbt, den Brexit noch zu stoppen. Das Land bleibt hinsichtlich der wichtigsten Zukunftsfrage des Landes zerrissen. Die Kluft geht durch Freundeskreise und Familien. Unversöhnlichkeit herrscht vor, Gemeinsamkeiten treten in den Hintergrund. Es steht zu erwarten, dass sich diese Kluft in der Hitze der künftigen Brexit-Debatten noch vergrößert.

Ist der Brexit unabwendbar?

Kaum ein britischer Politiker wagt derzeit, den Brexit insgesamt in Frage zu stellen, würde er doch als Antidemokrat stigmatisiert, als Teil der abgehobenen Elite, die sich über den Willen des Volkes hinwegsetzt und eigene Interessen gegen die der Bürger verfolgt. Lediglich solche, die nichts mehr zu verlieren haben – wie die Ex-Premiers <link regionen europa artikel detail kampf-um-grossbritannien-1880>Tony Blair und John Major – sprechen offen von der Möglichkeit einer Revision der Entscheidung. Aber auch unter den aktiven Politikerinnen und Politikern in Westminster ist sehr vielen klar, dass das Land in sein Verderben läuft und es beim Brexit nur Verlierer geben wird. Eventuell spielt ihnen die Zeit in die Hände. Noch sind die wirtschaftlichen Folgen des Austritts nicht bei der Bevölkerung angekommen, die Preissteigerungen durch den Absturz des Pfundes erreichen noch kein alarmierendes Niveau. Es darf prognostiziert werden, dass sich dies drastisch ändern wird.

Noch in diesem Frühjahr wird sich zeigen, auf welch komplizierte, vielleicht unlösbare Verhandlungen mit welch unzureichender Kompetenz und Vorbereitung sich die Regierung May einlässt.

Fraglich ist jedoch, wann Investitionsdrosselung, Standortverlagerungen und Jobverluste in einer Weise sichtbar werden, dass die Gefahren nicht länger ignoriert werden können und ein Stimmungswandel einsetzt. Steigende Inflation, steigende Lebensmittel- und Benzinpreise und sinkende Kaufkraft privater Haushalte zeichnen sich bereits alleinig als Konsequenz des 20-prozentigen Wertverfalls des Pfundes seit dem Referendum ab. Gleichzeitig sind laut Umfragen nur ganze elf Prozent der Brexit-Wähler bereit, persönlich finanzielle Einbußen im Gegenzug für mehr Einwanderungskontrolle in Kauf zu nehmen. Noch in diesem Frühjahr wird sich zudem zeigen – vorausgesetzt die EU bleibt einig und hart –, auf welch komplizierte, vielleicht unlösbare Verhandlungen mit welch unzureichender Kompetenz und Vorbereitung sich diese Regierung einlässt.

Führen diese Entwicklungen zum Umschwung der öffentlichen Meinung, könnten Abgeordnete überdenken, ob sie bei ihrer Abstimmung über das abschließende Brexit-Verhandlungsergebnis die dann aktuelle Stimmung aufgreifen oder apodiktisch dem Ergebnis des Referendums folgen. Individuelle Gewissensentscheidungen könnten dann eher die Mehrheitsverhältnisse im Parlament beeinflussen als die Positionen der Gesamtparteien. All dies müsste sich in einer Zeitspanne ereignen, in welcher der Automatismus des Austritts noch gestoppt werden kann – bis zum Frühjahr 2019. Die Zeit ist sehr knapp, da sich wirtschaftliche Konsequenzen erst zeitlich verzögert zeigen dürften: Die Abkühlung der Konjunktur könnte erst dann spürbar werden, wenn es für eine Revidierung des Brexit-Kurses bereits zu spät ist.



Ulrich Storck
Athen

Ulrich Storck leitet seit 2017 die Vertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Athen. Seit 1995 ist er in verschiedenen Positionen für die FES tätig, unter anderem als Büroleiter in London, Marokko, Zentralamerika, dem Westbalkan und Westafrika. Er studierte Wirtschaft, Psychologie und Entwicklungspolitik in Deutschland und Frankreich.